



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Preußische Briefe : dreiundzwanzigster Brief : Reminiscenzen der  
Diplomatie.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Preussische Briefe.

### Dreiundzwanzigster Brief.

#### Reminiscenzen der Diplomatie.

Von allen Seiten strömen die Aktenstücke zusammen, welche dem deutschen Volk Aufklärung geben von dem, was seine Fürsten gethan, um es zum Rang der wirklichen Nationen zu erheben. Das Volk wird keine Freude daran haben. So viel Kleinliche Leidenschaft, solch Aufwand von Intrigue, und so wenig sittlicher Ernst in einer großen Sache! Freilich hat das Volk selber kein Recht, in moralische Entrüstung zu gerathen, es gehört auch zur Familie.

Es lohnt nicht der Mühe, für den Augenblick auf dieses Gewebe von Ränken näher einzugehn. Von den drei Regierungen, deren Schritte bis dahin zur Publicität gelangt sind, gebührt der bairischen der Preis. Das österreichische Cabinet hat sich mit ziemlicher Consequenz auf dem naiven Standpunkt seiner Sonderinteressen gehalten: es will nicht, daß eine allgemeine Verfassung zu Stande kommt, die in seinen eignen Mechanismus hemmend eingreift, und es will auch nicht, daß durch ein Separatbündniß an seinen Grenzen ein Staat entsteht, der ihm unbequemer sein muß, als eine Reihe abhängiger Kleinstaaten. Vom österreichischen Standpunkt aus ist nicht viel dagegen zu sagen, und es ist nur eine Schmach für Deutschland, daß es diesen Einflüssen keine energische Haltung entgegensetzt. Preußen hat gleichfalls aus sehr begreiflichen Gründen den Gedanken des engern Bundesstaats festgehalten, und wenn man ihm etwas vorwerfen muß, so ist es zu große Nachgiebigkeit gegen einzelne unbillige Forderungen der Dynasten, zu große Schüchternheit, wo ein sehr bestimmtes Auftreten noth that, und jene an's Fabelhafte grenzende diplomatische Ungeschicklichkeit, deren es sich seit dem Anfang seiner Geschichte erfreut. Oestreich muß man zugestehn, daß es niemals mit der Demokratie und der Einheitspartei coquettirt hat, daß man überall wissen konnte, wessen man sich von ihm zu versehen hatte; Preußen, daß es wenigstens mit einer gewissen Ehrlichkeit für die Einheitsideen arbeitete, so weit es nämlich seine romantisch-legitimistischen Sympathien zuließen. Baiern dagegen würde man noch zu viel Ehre anthun, wenn man sein Betragen zweideutig nennen wollte; ein solches Nachwerk von Perfidie und zugleich von Planlosigkeit, als der Bericht seiner Regierung über die deutsche Verfassungsfrage, ist in der Geschichte noch nicht erhört.

Für uns ist es wichtiger, zu fragen, was nun eigentlich geschehen soll. Läßt man die Sprache der offiziellen Aktenstücke — von officiösen Zeitungsartikeln will

ich gar nicht reden — ohne Weiteres gelten, namentlich die von Baiern ausgegangen sind, vergleicht man damit die Scene zwischen den in Frankfurt garnisirenden Truppentheilen, so müßte man jeden Augenblick den Ausbruch eines deutschen Bürgerkriegs erwarten. So schrecklich das wäre, so muß ich offen gestehn, daß eine solche letzte Eventualität doch nicht aus den Augen gelassen werden darf, da es ohnehin gar nicht so unerhört ist, daß in europäischen Kriegen Preußen rechts und Baiern links stand, wenn man bei einem solchen Krieg nur ein Ende absehen könnte. Wie die Parteien aber jetzt zu einander stehn, wäre nichts anders als ein *hellum omnium contra omnes* zu erwarten, und an einen solchen Krieg, der die Verwirrung nicht lösen, sondern nur noch vergrößern könnte, darf nicht gedacht werden. Preußen hat in diesem Augenblick gar keinen festen Bundesgenossen; seine Situation ist, Dank sei es der Weisheit unserer Regierung! tausendmal schlechter, als am 3. April, und wenn es zu den Zeiten des alten Fritz unter eben so ungünstigen Aussichten dennoch der Kraft seines Schwertes vertraute, so war das eben unter dem alten Fritz. Unter den obwaltenden Umständen wird man doch wieder zu einem Vertrage schreiten müssen.

Dieser Vertrag, der über die nächste Zukunft Deutschlands entscheidet, wird nicht in einem europäischen, auch nicht in einem deutschen Congreß geschlossen werden. Er wird einfach zwischen Oestreich und Preußen zu Stande kommen. Baiern wird man kaum fragen.

Er wird auch keine deutsche Verfassung zur Folge haben, sondern ein Provisorium, aus dem einfachen Grunde, weil eine gemeinsame Verfassung, die Oestreich und Preußen umschließt, nicht denkbar ist. Von gemeinsamer Vertretung nach Außen, gemeinsamer Legislation durch ein Parlament kann nicht die Rede sein, so lange nicht einer dieser Staaten sich ausschließt. Weder Oestreich noch Preußen kann Glied eines Bundesstaats werden, dessen Schwerpunkt außerhalb des eignen Staates fällt.

Wenn nun preussische Staatsmänner es ausgesprochen haben, daß Preußen eigentlich den Bundesstaat nicht um seinetwillen, sondern um Deutschlands Willen erstrebe, daß es übrigens auf eignen Füßen stehn könne, so ist das nur zur Hälfte richtig. Freilich kann es noch eher für sich bleiben, als Baiern, oder Sachsen, oder Hessen-Darmstadt, oder Anhalt-Deßau. Aber es kann — und darin unterscheidet sich seine Lage von der Oestreichs — es kann nicht zugeben, daß diejenigen kleinen Staaten, durch die sein eigenes Gebiet zerrissen wird, eine selbstständige Politik verfolgen. Es muß entweder untergehn, oder es muß jene Staaten in sein politisches System zwingen, ein drittes gibt es nicht. Preußen kann also nur unter der Bedingung mit Oestreich abschließen, daß diejenige Hegemonie, die es in der Form eines Bundesstaats erstrebt, ihm der Sache nach zu Theil wird. Ein Verhältniß, daß durch folgende Umriffe charakterisirt wird.

Die auswärtige Politik Deutschlands geht nach vier Richtungen hin. 1) Rußland, 2) Frankreich, 3) die Ost- und Nordsee, 4) Italien und die Donauländer. Was die beiden ersten Punkte betrifft, so liegt es im Interesse Deutschlands, wie im Interesse beider deutschen Großmächte, daß die Haltung eine gemeinsame sei. Zwar ist Oestreich dem russischen Kaiser Dank schuldig für die Rettung aus der schwersten Gefahr, aber diese Dankbarkeit würde für seine Existenz gefährlich sein, wenn es allein in der *societas leonina* bliebe. Die Grenze Deutschlands gegen Frankreich scheint für den Augenblick durch die Occupation des Großherzogthums Baden Preußen allein übertragen zu sein, allein ich bezweifle, ob es in diesem Augenblick, gelähmt durch die wunderlichste innere Verwirrung, dazu die Kraft hat. Preußen kann nur dann eine welthistorische Bedeutung gewinnen, wenn es eine Seemacht wird; dazu bedarf es einer Concentration aller seiner Kräfte. Aber Baden kann nicht sich allein überlassen bleiben, weil das eine Bresche wäre für Frankreich, noch weniger kann es unter bairischen Schutz gestellt werden, denn das wäre der Keim zu einem neuen Rheinbund. Eine gemeinsame Besetzung durch Oestreich und Preußen hat sich schon in Mainz als unzweckmäßig erwiesen. Es bliebe also nichts übrig, als Baden dem östreichischen Schutz zu überlassen, woraus unmittelbar folgt, daß Baiern und Würtemberg in denselben Kreis zu ziehen wären. Oestreich möchte dann zusehen, wie es diesen Staaten die alten Rheinbundsgelüste austriebe; es ist ihm das leichter, weil es sich mit ihnen Schwäbisch unterhalten kann.

Daß die Angelegenheit Deutschlands in Italien, dem adriatischen Meer und der Donau von Oestreich allein geführt werden müssen, versteht sich von selbst. Dasselbe gilt von Preußen in den norddeutschen Verhältnissen. Preußen hat die Aufgabe, in Dänemark und den Niederlanden dieselbe Rolle zu spielen, die Oestreich in Italien behauptet; es hat endlich in Concurrnz mit England zu treten. Zu diesem Zweck müssen die Kräfte Norddeutschlands ausschließlich zu seiner Verfügung stehn — im Interesse der Hannoveraner, Sachsen, Hessen u. s. w. eben so als im Preußischen.

Das sind die materiellen Grundlagen, nach denen sich die Form des Vertrages zu bestimmen hat. Freilich ist der Eigensinn nichts weniger als rationell, und wird durch Vernunftgründe nicht überwunden. Aber doch nur, wenn er einen andern Weg vor sich sieht. Ist aber Oestreich und Preußen einig, so läßt sich wenigstens ein Ende der Unterhandlung absehn.

Eine andere Frage ist es, wie sich die politischen Parteien innerhalb des Volkes zu einem solchen Vertrage verhalten werden. — Die sogenannte *Großdeutsche Partei* besteht aus zwei ganz verschiedenen Elementen: den Anhängern Oestreichs und dem Gesinde der Kleinstaaten. Die letztere Fraction ist mit ihrer Existenz an die angebliche Souveränität dieser primitiven Staatsbildungen geknüpft, sie wird sich also

gegen jede Entwicklung sträuben, welche diese ihre Voraussetzung in Frage stellt. Allein dieses Sträuben hat nicht viel zu sagen. Die österreichische Partei dagegen ist durch eine Verständigung der beiden Großstaaten eben so zu befriedigen, als die spezifisch Preussische.

Was die eigentlich constitutionelle, kleindeutsche, erbkaiserialiche Partei betrifft, so scheidet sie sich jetzt von den gebildeten Demokraten nur noch durch die historische Reminiscenz, und durch die Gradation in den Ansprüchen. Beide haben gemeinsam, daß sie Bürger eines nicht nur dem Namen sondern der That nach unabhängigen Staats, und in diesem politisch gleichberechtigt und im Privatleben autonom sein wollen. Sie wollen die unmittelbare Selbstregierung des Volks in den kleinen Kreisen, die mittelbare Betheiligung des Volks an der großen Politik durch Repräsentanten. Wie weit man die Grenze steckt, darüber bestehn Differenzen, sie lassen sich aber ausgleichen, wenn man nicht die Leidenschaft, sondern die Vernunft walten läßt. Vor allem aber müssen sie bedenken, daß eine constitutionelle und demokratische Entwicklung sich nur in einem Falle denken läßt: auf einer wirklich vorhandenen staatlichen Basis. Darum haben sich die kleinen deutschen Staaten seit 30 Jahren vergeblich abgemüht, über die Scheinverfassung hinauszugehn, denn nur ein souveräner Staat kann frei sein, darum wurden die Verheißungen der preussischen Krone eine Illusion, denn auch Preußen ist in seinem gegenwärtigen Umfang ein Provisorium, ein dauerndes Kriegslager. Aus diesem Zustand muß Preußen, müssen die kleinen Staaten heraus. Wenn bei der Abgrenzung der verschiedenen Kreise des deutschen Staatslebens es den Anschein hatte, als ob ich nur die Functionen der politischen Thätigkeit scheiden wolle, so versteht sich von selbst, daß damit auch eine wirkliche Scheidung der Träger dieser Functionen entweder unmittelbar verknüpft sein, aber daraus sich ergeben muß. Das die nördlichen Küsten beherrschende Deutschland, und das im Süden mächtige, muß eine Einheit bilden, aber nicht ineinander, sondern nebeneinander. Die Anarchisten freilich können sich nur geltend machen in einem unfertigen Staate, der wahre Demokrat aber muß sein erstes Streben darnach richten, den festen Boden zu gewinnen, auf dem er das Fundament seines politischen Gebäudes mit Zuversicht errichten kann. Wer also für die Fortsetzung des alten Bundestags, d. h. die Fortdauer der gesetzlich sanktionirten staatlichen Lüge des fixirten Widerspruchs, arbeitet, ist nicht Demokrat, sondern Anarchist.

---

Verlag von **F. V. Herbig**. — Redacteurs: **Gustav Freytag** und **Julian Schmidt**.  
Druck von **Friedrich Andrä**.